

## **Entschließungsantrag**

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

ZU:

**Antrag auf Aktuelle Stunde der SPD-Fraktion - Strukturentwicklung in der Lausitz gemeinsam mit den Menschen der Region gestalten - Drucksache 6/8797 vom 22.05.2018**

**Landesregierung muss für Notwendigkeit des klimawandelbedingten Kohleausstiegs werben und ihre Aktivitäten zur Strukturwandelgestaltung in der Lausitz systematisch verstärken**

Der Landtag stellt fest:

Die von Deutschland eingegangene - und von Brandenburg mitgezeichnete - Verpflichtung zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens erfordert enorme Anstrengungen bei der Reduktion klimaschädlicher Treibhausgase. Vor diesem Hintergrund soll die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, kurz „Kohlekommission“ nun bis zum Ende dieses Jahres einen Kohleausstiegs-Fahrplan einschließlich eines Abschlussdatums sowie notwendiger rechtlicher, wirtschaftlicher, sozialer und strukturpolitischer Begleitmaßnahmen entwickeln.

Für Brandenburg und insbesondere für die Lausitz bedeutet das große Veränderungen. Die Tatsache, dass die Zustimmung zum Kohle-Ausstieg laut einer aktuellen Greenpeace-Studie in der Lausitz weniger Zustimmung findet als in westdeutschen Kohle-Regionen spiegelt wider, dass die Braunkohlewirtschaft in der Lausitz ein wichtiger Arbeitgeber ist. Und es macht deutlich, dass die bisherigen Bemühungen der Landesregierung in der Lausitz bei dieser zentralen Zukunftsfrage bisher kaum oder nur als unzureichend wahrgenommen werden.

Bekannt ist vor allem, dass die Landesregierung für die längstmögliche Laufzeit der Braunkohle kämpft und mit ihrer verbalen Abwehrschlacht gegen den Kohleausstieg die Verunsicherung in der ganzen Region verschärft. Wie der Ausstieg aus der Kohle technisch funktionieren kann, wie es nach dem Ende der Kohle für die direkt und indirekt Beschäftigten weitergehen soll und was die Landesregierung hierfür konkret unternimmt, ist vielen Menschen in der Region hingegen weitgehend unklar.

Für die Gestaltung des Strukturwandels in der Lausitz gilt es jetzt, keine Zeit zu verlieren. Damit der bevorstehende strukturelle Anpassungsprozess gelingt, sind klare politische Zielvorgaben sowie die Bündelung aller gesellschaftlichen Kräfte und die konzentrierte Unterstützung durch die Landesregierung erforderlich. Die Maßnahmen zur Strukturent-

Eingegangen: 29.05.2018 / Ausgegeben: 29.05.2018

wicklung müssen von Beginn an darauf ausgerichtet sein, die wirtschaftliche und soziale Stabilität der Lausitz zu erhalten. Dies setzt eine konsistente Strategie (Masterplan) voraus.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Offensiv die klimawandelbedingte Notwendigkeit des schnellstmöglichen Kohleausstiegs zu thematisieren.
2. Auf Basis der vom Wirtschaftsministerium beauftragen prognos-Studie zur Novellierung der Energiestrategie - welche auch kurzfristigere sowie ein Paris-kompatibles Kohle-Ausstiegs-Szenario beinhaltet - mit der Energiewirtschaft, Umweltverbänden, sowie weiteren entsprechenden Akteuren in einen für die Bevölkerung nachvollziehbaren Machbarkeits-Diskurs einzutreten.
3. Ein Steuerungsgremium einzusetzen, welches aus Vertreterinnen und Vertretern der Bereiche Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft besteht. Dieses Gremium soll - unter Einbeziehung des Leitbildprozesses - einen Masterplan und einen entsprechenden Prozess (Roadmap) für die zukünftige Entwicklung der Lausitz erarbeiten sowie die Aktivitäten vor Ort bündeln und koordinieren.
4. Die Wirtschaftsregion Lausitz GmbH zu beauftragen, entlang der Vorgaben des Steuerungsgremiums, den Masterplan und die Roadmap zu formulieren und auszuarbeiten. Sie soll die Umsetzung in den verschiedenen Projekten koordinieren und überwachen. Sie soll außerdem eine jährliche Berichterstattung über den Umsetzungsstand erstellen.
5. Die notwendigen Maßnahmen für die Zukunft der Lausitz verbindlich auf Basis einer schriftlichen Vereinbarung zwischen der Bundesregierung, den Bundesländern Brandenburg und Sachsen, den Landkreisen, vertreten durch die Wirtschaftsregion Lausitz, und den betroffenen Kommunen sowie weiteren Partnern zu regeln. Ziel des Vertrages ist es, die Lausitz als starke Industrie- und Energieregion zu erhalten und den Menschen eine Perspektive für die Zukunft zu geben. Insbesondere ist festzuschreiben, dass der infrastrukturelle Ausbau, die Stärkung des Wissenschafts- und Forschungsstandortes, die Ansiedelung von Bundeseinrichtungen in der Region sowie die Entwicklung der kulturellen und touristischen Potentiale ausdrückliche Ansatzpunkte der Förderung sind.
6. Ausreichende finanzielle Mittel für besondere Aufgaben bereitzustellen (z. B. Sonderfonds Lausitz).
7. Den Finanzumfang der Kosten für die Renaturierung ehemaliger Tagebauflächen, der Kompensation von ökologischen Nachwirkungen des Braunkohletagebaus sowie des Rückbau der stillgelegten Kraftwerke zu ermitteln und zu sichern.
8. Bei der Bundesregierung dafür zu werben, die Lausitz bei der europäischen Kohle-Plattform als Modell-Region für den Transformationsprozess anzumelden.